

Rede von Petra Budke

Mobbing und Cybermobbing an Schulen konsequent bekämpfen

- Es gilt das gesprochene Wort!

Corona hat die Lebenswelt unserer Kinder und Jugendlichen massiv verändert: Kinder und junge Menschen müssen in der Pandemie auf vieles verzichten. Den Schulbesuch, Kontakte zu Freund*innen, organisierte Freizeitaktivitäten, Partys, Möglichkeiten zur Selbstentfaltung: All das fällt weg. Stattdessen spielt sich das Leben gerade vorwiegend in den heimischen vier Wänden ab. Das ist für viele eine sehr große Belastung.

Wir haben hier im Landtag und im Ausschuss für Jugend und Bildung bereits mehrfach über das Thema Mobbing diskutiert. Aktuelle Studien zeigen nun, dass die Corona Pandemie die Mediennutzung von jungen Menschen stark befördert hat und damit auch das Thema Mobbing im Netz einen ganz neuen Stellenwert hat. Kinder und Jugendliche halten sich deutlich länger im Netz auf als vor Corona. Das betrifft schon Erstklässler*innen.

Die Digitalisierung der Schulen hat Riesenfortschritte gemacht. Doch das bringt auch große Probleme mit sich, die nicht nur technischer Natur sind. Mobbing im Netz, das Verbreiten von Gerüchten, Beleidigungen oder peinlichen Bildern und Videos auf den Social-Media-Kanälen gab es – leider - schon vorher. Das digitale Lernen Zuhause aber hat ganz neue Formen von Mobbing hervorgebracht. Vor allem Videokonferenzen bieten eine Steilvorlage. Jede*r kann z.B. sehen, wie es bei den Mitschüler*innen Zuhause aussieht, wie die Wohnung eingerichtet ist, ob man mit den jüngeren Geschwistern das Zimmer teilen muss oder der Vater im Unterhemd auf dem Sofa sitzt.

Auch die Lehrkräfte sind oft noch ungeübt mit der neuen Technik. So ist es vorgekommen, dass Mitschüler*innen andere stumm geschaltet haben, wenn sie mit

einem Redebeitrag dran waren. Dass herabsetzende Äußerungen im Chat zu lesen waren und die Lehrkräfte das nicht gleich bemerkten.

Und das sind noch vergleichsweise harmlose Formen des Mobbings. Das kann sich steigern bis hin zu *Cyberthreats*, also dem virtuellen Androhen von Gewalt, möglicherweise verbunden mit dem Auftreten unter einer falschen Identität. Und auch darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen, Hatespeech im Netz bedroht nicht nur Einzelne, sondern unsere ganze Demokratie.

Aktuelle Studien zeigen, dass die Corona Pandemie Internet Mobbing mehr denn je fördert. Je nach Studie sagen ein Fünftel bis ein Drittel aller Jugendlichen, Mobbing im Netz selbst erlebt zu haben, beleidigt, gemobbt oder bedroht worden zu sein. Für Mädchen und junge Frauen ist die Situation besonders schlimm. 40 Prozent sagen, dass sie schon einmal über Messengerdienste belästigt wurden.

Und das bleibt nicht ohne psychische Folgen für die Betroffenen. Sie werden ängstlich, wütend, verletzt und verzweifelt, fühlen sich macht- und hilflos. Hinzu können körperliche Beschwerden wie Kopf- oder Bauchschmerzen oder Schlaflosigkeit kommen. Mobbingerfahrungen können zu psychischen Krankheiten, Depressionen oder Magersucht bis hin zum Selbstmord führen.

Deshalb ist es wichtig, das Thema immer wieder in den Blick zu nehmen, bestehende Konzepte zu aktualisieren und die Maßnahmen anzupassen und zu verstärken. Vielen Dank an die Freien Wähler, dass Sie das Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Jetzt habe ich sehr viel über Cybermobbing gesprochen, der Antrag setzt dennoch stark auf den Bezugspunkt Schule. Warum: Nicht nur, weil dort, wie bereits breit von meinen Vorredner*innen ausgeführt, auch Mobbing vor Ort stattfindet, sondern auch, weil Schule der Ort ist, wo wir alle Kinder und Jugendlichen erreichen. Aber auch die Jugendhilfeträger nehmen wir in den Fokus. Im Antrag machen wir zahlreiche Vorschläge für Prävention und den Umgang mit Mobbing bei Kindern und Jugendlichen zu begegnen. Das Thema Cybermobbing muss dabei einen besonderen Stellenwert erhalten.

Insbesondere wollen wir ein landesweites Konzept, das bereits bestehende Instrumente einbezieht, sowie Leitlinien und klare Handlungsempfehlungen für jede Schule und für jeden Jugendhilfeträger. In allen Schulen und im Bereich der Jugendarbeit muss es konkrete Ansprechpartner*innen geben, für konkrete Fälle ebenso wie für die Prävention und Schulung des Kollegiums. Alle Beteiligten, die Kinder und Jugendlichen, auch die Eltern, sind in die Prozesse einzubeziehen. Die Schulsozialarbeit wollen wir im Rahmen der geplanten multiprofessionellen Teams weiter ausbauen. Das geht leider nicht von heute auf morgen, wie die Linke in ihrem Änderungsantrag fordert. Aber wir sind gewillt, den Weg, den die Vorgängerregierung hierzu beschritten hat, weiterzugehen, denn in Zeiten von und nach Corona brauchen wir die Schulsozialarbeit mehr denn je!

Links

•

[Antrag: Mobbing und Cybermobbing an Schulen konsequent bekämpfen](#)